

C•A•PANORAMA

des Centrums für angewandte Politikforschung (C•A•P)

Forschungsgruppe Deutschland
 Forschungsgruppe Europa
 Forschungsgruppe Jugend und Europa
 Forschungsgruppe Zukunftsfragen
 Akademie Führung & Kompetenz

Demokratie als Lebensform erfahrbar machen

Neues Projekt an der Akademie Führung & Kompetenz

Politische Bildung will einen professionellen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten, indem sie informiert, sensibilisiert und zu Partizipation befähigt. Sie fördert den Austausch verschiedener individueller Perspektiven wie Gesellschaftsentwürfe und begreift Integration als wechselseitigen Prozess zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft.

Die Seminarkonzepte des Demokratie-Lernens der Akademie Führung & Kompetenz am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) verbindet der Anspruch, Demokratie als Lebensform erfahrbar zu machen. Die Teilnehmenden – Fachkräfte aus den Bereichen Schule, Polizei, Verwaltung, Jugend- und Erwachsenenbildung – können in der Ausbildung demokratische



Das Miteinander in einer modernen Einwanderungsgesellschaft stellt an alle Beteiligten hohe Ansprüche. Demokratie-Lernen kann hier helfen (Foto: © Franz Pfluegl - Fotolia.com).

Wege, Konflikte zu lösen, konkret praktizieren und anschließend reflektieren. Ein toleranter Umgang miteinander sowie der Umgang mit eigenen Vorurteilen werden im Mikrokosmos einer Ausbildungsgruppe erlebt und eingeübt. Als Entscheidungsträger in ihren Institutionen tragen die Teilnehmenden anschließend dazu bei, demokratische Prozesse umfassender zu verwirklichen.

Um Ausbildungen des Demokratie-Lernens begleiten zu können, brauchen pädagogische Fachkräfte professionelle und nachweisbare Qualifikationen. Auch für die Lernenden ist es wichtig, dass die erworbenen Fähigkeiten bescheinigt und anerkannt werden. Die Qualität politischer Bildung so sichtbar und vergleichbar zu machen, und damit die Relevanz von politischer Bildung zu verdeutlichen, ist ein bisher uneingelöstes Desiderat. Das auf drei Jahre angelegte Projekt „Demo-Credit

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C•A•Prolog

Zukunftsthemen der
Politikberatung 2

C•A•Personalien

Gäste und Gespräche
am C•A•P 4

C•A•Programm

Schwarzmeer-Workshop:
Wege aus der Krise 5
 Zur Europawahl 2009:
Innovatives Web-Projekt 6
 Gesundheitstelematik als
Zukunftsgut 7
 "Jugend in Aktion":
Programm-Evaluation 8
 "Deutsche Kontraste":
Neues Buchprojekt 9
 Good Governance:
Eine lohnende Strategie 10
 Innovation Planspiele:
Verantwortung testen 11
 EU und Naher Osten:
Neue Partnerschaft 12
 Lernsommer in München:
Making Europe Yours 13

C•A•Publikationen

Neuerscheinungen 14/15

C•A•Postskriptum

Nach dem Wahlmarathon:
Neue Bündnisse nötig 16

C•A•Planung 16

Zukunftsthemen der Politikberatung

Die deutsche Gesellschaft altert und schrumpft zugleich. Dies betrifft die Versorgung der älteren Bevölkerung und den deutschen Arbeitsmarkt. Bereits heute fehlen Arbeitskräfte und dieser Trend wird sich weiter fortsetzen. Deutschland braucht auch ausländisches Personal, das dann gut integriert werden muss. Migration und Demographie sind mit ihren vielen Konsequenzen wichtig und deshalb verstärkt Bestandteil der prospektiven Arbeit des Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P).

Beispiel Migration: Bereits 1994 legte das C•A•P ein „Europäisches Einwanderungskonzept“ vor und thematisierte damit den Einwanderungsdruck in Europa, auf den die EU nicht vorbereitet sei. Für das C•A•P war damals schon klar, dass die Verbindung von Einwanderungs- und Integrationspolitik zu einer der größten politischen Herausforderungen der folgenden Jahre werden würde. Doch Resonanz auf diese Initiative gab es hauptsächlich von Expertenseite. Zu weit weg oder zu gering erschienen der ‚großen‘ Politik die Fragen der Ausländerfeindlichkeit oder des durch Geburtenrückgang zu erwartenden Einwanderungsbedarfs. In manchem Gespräch wurde dem C•A•P nach der Vorlage des Konzepts beschieden, dass ein Einwanderungskonzept kein wirklich bewegendes Thema sei. Was damals manch einem wie ein Glasperlenspiel aus dem akademischen Elfenbeinturm erschien, ist heute vielerorts raue Wirklichkeit.

Jetzt ist klar, dass Einwanderung eine systematischere Behandlung sowie eine gezielte Integrationspolitik braucht, die sich nicht nur auf organisatorische, wirtschaftliche oder rechtliche Aspekte beschränken darf. Sie muss das sozio-kulturelle Milieu von Migranten und Einheimischen stärker berücksichtigen. Auch ‚Demokratie in Deutschland‘ ist damit ein Thema. Das macht verstärkte Anstrengungen in der politischen Bildung erforderlich. Die Akademie Führung & Kompetenz am C•A•P greift diesen Kontext seit diesem Jahr professionell auf. Im Rahmen eines neuen Projekts zur Einwanderungsgesellschaft versteht sie Integration als wechselseitigen Austausch zwischen Migranten und Aufnahmegesellschaft. Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und der Unterstützung der Demokratie Stiftung an der Universität Köln sowie anderen Projektpartnern wird die arbeitsmarktliche Perspektive von Trainern des Demokratie-Lernens durch standardisierte Kriterien der Qualifizierung gestärkt und dazu ein System der Zertifizierung dieses Lernens entwickelt. Erreicht werden soll dadurch eine erweiterte Qualität in der Qualifizierung des Integrationspersonals.

Beispiel Demographie: Die Alterung in Deutschland tangiert das Rentensystem und das Gesundheitswesen, das sich zunehmend auf chronische Erkrankungen einstellen muss. Das C•A•P hat deshalb seine gesundheitspolitischen Aktivitäten verstärkt. Es wendet sich gesundheitstelematischen Ansätzen intensiver zu. Sie bieten interessante Lösungen für verbesserte Patientenpflege und den Umgang mit dem anwachsenden Kostendruck. Im Rahmen des Ende 2009 mit der SHL Telemedizin GmbH durchgeführten 4. Internationalen C•A•P Telemedizin Forums kamen systemische wie politische Chancen und Herausforderungen der Technologieentwicklung als wichtige Themen der Politikberatung in München auf den Tisch.

Die Zukunft steht also weiter im Fokus der Arbeit des C•A•P. Sie finden dazu an zentralen Stellen mehr im Blatt, das Sie im neuen Jahr ausschließlich digital erreicht. Das C•A•P wünscht allen seinen Kunden und Partnern ein gutes, erfolgreiches, vor allem aber gesundes 2010!

Jürgen Turek



Jürgen Turek
stellv. Direktor des C•A•P

„Die Themen Migration und Demographie sind verstärkt Bestandteil der Arbeit des C•A•P.“

Fortsetzung von Seite 1

- Zertifizierung und Professionalisierung von Demokratie-Lernen in der deutschen Einwanderungsgesellschaft“ der Akademie Führung & Kompetenz setzt hier an. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen des Programms „XENOS - Integration und Vielfalt“ mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds. XENOS ist Teil des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung. Des Weiteren wird das Projekt durch die Demokratie-Stiftung der Universität Köln sowie zahlreiche weitere Partner unterstützt.

Im Zuge der Bemühungen um die Anerkennung und Durchlässigkeit verschiedener Berufsfelder wird auf der Basis des Europäischen Qualifikationsrahmens für Lebenslanges Lernen (EQR) derzeit ein Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR) erstellt. Erprobt wird er in den Sparten Metall/Elektro, Handel, Gesundheit und dem IT-Bereich. Laut der Arbeitsgruppe des DQR geht es dabei vor allem um Qualifikationen und nicht um individuelle Lern- und Berufsbiografien. Deshalb könne der DQR manche erworbenen Fähigkeiten und Haltungen nicht adäquat erfassen: "Individuelle Eigenschaften

(...) aber auch normative und ethische Aspekte der Persönlichkeitsbildung, Persönlichkeitsmerkmale wie interkulturelle Kompetenz, gelebte Toleranz und demokratische Verhaltensweisen

haben aus diesem Grund – trotz der großen Bedeutung, die ihnen zukommt – keine Aufnahme in die DQR-Matrix gefunden."

Zur Anerkennung demokratischer Kompetenzen gibt es auch innerhalb der politischen Bildung noch keine erprobten Verfahren. Viele Vertreter der politischen Bildung sehen die Darstellung von Demokratie-Kompetenzen zudem sehr kritisch. Sie fürchten die Ökonomisierung und Instrumentalisierung eines Fachs, das einen aufklärerischen und emanzipatorischen Charakter haben sollte. Das neue Projekt der Akademie Führung & Kompetenz wird sich der Kontroverse stellen und eine Balance zwischen der Notwendigkeit eines Vergleichsrahmens und der selbstreflexiv-kritischen Rolle von politischer Bildung suchen.

Der Name „Demo-Credit“ bezieht sich dabei zum einen auf den Ausdruck „to credit“ (anrechnen, gutschreiben) als Symbol für die Professionalisierung von Demokratie-Lernen: „Credit points“ sind der europäische Weg, Lernen zu zertifizieren. Im Projekt sollen Trainer des Demokratie-Lernens durch standardisierte Kriterien der Qualifizierung gestärkt werden. Ausgehend von der Recherche über bestehende Systeme der Leistungsanerkennung wird die Akademie ein Zertifizierungssystem entwickeln und in Train-the-Trainer-Ausbildungen testen. Geplant ist auch eine Implementierung der Demokratie-Lernen-Programme im Kontext der zertifizierten formalen Bildung an Universitäten, was in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin erprobt werden soll.

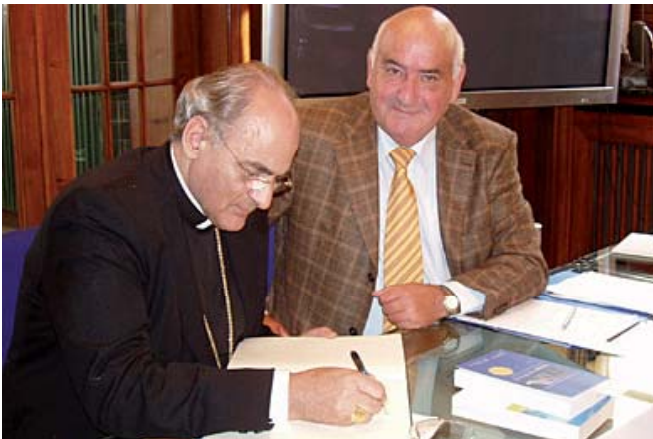
„Demo-Credit“ bezieht sich zum anderen auf den Ausdruck „to give credit“ (Anerkennung zollen), als Analogie für die Anerkennung von Ressourcen der Einwanderungsgesellschaft. Die Akademie entwickelt pädagogische Materialien und Seminarkonzepte, die den Blick auf Ressourcen und Kompetenzen von Migranten (individueller Aspekt) wie auch auf das Potenzial der Einwanderungsgesellschaft (systemischer Aspekt) fördern sollen. Wenn sich politische Bildung mit Einwanderungsgesellschaft befasst, bedeutet das oft eine „Behandlung“ bestimmter Zielgruppen und ihrer Problematiken – seien es rechtsorientierte Jugendliche oder sogenannte „Problem-Migranten“. Der Umgang mit Heterogenität und Integration sowie die Frage der Möglichkeiten und Grenzen von Demokratie nicht nur als Staatsform, sondern als Form des täglichen Umgangs miteinander stellen sich jedoch für die gesamte Gesellschaft.

Die geplanten Maßnahmen können dazu beitragen, bereits bestehende Angebote politischer Bildung in Deutschland professioneller darzustellen sowie bestehende Ressourcen, Talente und Qualifikationen der Teilnehmer politischer Bildung angemessener zu würdigen.

„Zur Anerkennung demokratischer Kompetenzen gibt es bisher keine erprobten Verfahren.“

Silvia Simbeck und Florian Wenzel

Gäste und Gespräche am C•A•P



Bischof Marcelo Sánchez Sorondo, Kanzler der päpstlichen Akademie der Wissenschaften, sprach am C•A•P über die Rolle der Religion in der modernen Gesellschaft (rechts: Prof. Werner Weidenfeld).



Der ungarische Generalkonsul József Kovács diskutierte am C•A•P Lösungsansätze für die drängenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen Ungarn steht.



Dr. Gerhard Sabathil, Leiter für Koordination, Strategie und Analyse bei der Generaldirektion Auswärtige Beziehungen in der EU-Kommission, erläuterte am C•A•P Strategien für die EU in Zeiten des Übergangs.



Die Weltbankberaterin Dr. Barbara Balaj (vorn in der Mitte) referierte am C•A•P über den Wiederaufbau im Westjordanland und im Gaza-Streifen.

C•A•P intern

Dr. Manuela Glaab, Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P), vertritt im Wintersemester 2009/2010 den Franz Haniel Chair for Public Policy an der Willy Brandt School of Public Policy der Universität Erfurt in Thüringen. In ihrer Lehrtätigkeit beschäftigt sie sich schwerpunktmäßig mit dem Thema European Public Policy, der Interessen- und Lobbypolitik in der EU, dem politischen System Großbritanniens sowie dem Vergleich von Wahlsystemen, Wahlverhalten und Wahlkampagnen.

Nach langjähriger Tätigkeit als Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa hat **Dr. Stefan Rappenglück** das C•A•P verlassen. Seit dem Wintersemester 2009/2010 vertritt er die Professur für Politikwissenschaft/ Gemeinschaftskunde an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch-Gmünd in Baden-Württemberg.

C•A•P Research Fellow **Simone Weske** wurde für ihr Papier "Is anybody listening? An analysis of government responsiveness to public opinion in European politics" mit dem zweiten EU-CONSENT PhD Award 2009 ausgezeichnet. Das von Weske präsentierte Papier beruht auf einer Fallstudie ihres Dissertationsprojektes, das sie im Rahmen eines deutsch-französischen Promotionsprogramms an der LMU München und Sciences Po Paris durchführt. C•A•P-Direktor Prof. Werner Weidenfeld ist einer der Betreuer des Dissertationsprojekts.

EU-Politik im Schwarzmeerraum

Die Georgienkrise im August 2008 und der daraus entstehende Disput zwischen Georgien und Russland brachten den Schwarzmeerraum wieder ins globale Bewusstsein. Die Europäische Union setzte einen Schwerpunkt ihrer Außenpolitik auf die Region, die nach der letzten EU-Osterweiterungsrunde nicht nur zur unmittelbaren Nachbarschaft gehört, sondern mit Bulgarien und Rumänien Teil der EU ist. Die Union sieht sich mit verschiedenen Herausforderungen im Schwarzmeerraum konfrontiert. Zum einen gibt es starke Bestrebungen der Ukraine und Georgiens, in die NATO (und damit als zweiten Schritt in die EU) einzutreten. Zum anderen hält der Gasstreit zwischen dem Transitland Ukraine und Russland, dem wichtigsten Energielieferanten für Europa, an. Hinzu kommen die seit Jahren eingefrorenen sicherheitspolitischen Konflikte der Region wie zum Beispiel die Berg-Karabach-Problematik. Eine kohärente EU-Strategie zur Bewältigung der Konflikte ist bislang nicht vorhanden.

Die EU-Russland-Beziehungen spielen dabei eine gewichtige Rolle und beeinflussen das europäische Vorgehen in der Schwarzmeerregion immens. Um die Chancen und Herausforderungen der Schwarzmeer-Region im Blick der aktuellen Ereignisse zu erörtern, veranstaltete das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) am 25. und 26. Juni 2009 einen zweitägigen Workshop mit dem Thema „Die EU-Mitgliedstaaten und die östliche Nachbarschaft – Von zusammengesetzter zu einheitlicher EU-Außenpolitik?“. An der Veranstaltung nahmen Vertreter von Stiftungen, Forschungseinrichtungen und EU-Institutionen teil. Die Kernfrage, wie die EU eine einheitlichere Außenpolitik im Schwarzmeerraum bewerkstelligen kann, beeinflusste die Debatte des Workshops. Die derzeitigen Instrumente der EU bestehen lediglich aus einzelnen Initiativen, zu denen auch der Vorstoß der schwedischen und tschechischen Ratspräsidentschaften für eine östliche Partnerschaftsinitiative im osteuropäischen Raum gehört. Da diese jedoch keine Beitrittsperspektiven für die an der Initiative beteiligten Länder Georgien, Ukraine, Moldawien, Weißrussland, Armenien und Aserbaidschan bietet, zeigten diese Länder keine Euphorie. Auch die gesplante Haltung der einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu Russland erschwert ein einheitliches außenpolitisches Vorgehen in der näheren EU-Nachbarschaft. Um diese komplizierte Situation aufzulösen, muss der Dialog zwischen der EU und den Ländern des Schwarzmeerraumes fortgeführt werden, um Demokratisierungstendenzen und wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern zu stärken.

Die Ergebnisse des Workshops mit Empfehlungen für eine künftige Politik im Schwarzmeerraum sind unter www.cap-lmu.de/publikationen online abrufbar. Die Rolle der euro-atlantischen Gemeinschaft im Südkaukasus wird von Nasimi Aghayev, Herausgeber des *Caucasian Review of International Affairs*, im Vorwort erläutert. Es folgen unter anderem Beiträge von: Ekrem Eddy Güzeldere (wissenschaftlicher Mitarbeiter, des istanbuler Büros der Europäischen Stabilitätsinitiative), Dr. Stefan Meister (wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum Russland/Eurasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin) und Kateryna Malyhina (freie Mitarbeiterin der Redaktion der Ukraine-Analysen an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen).



Teilnehmer des Workshops "Die EU-Mitgliedstaaten und die östliche Nachbarschaft - Von zusammengesetzter zu einheitlicher EU-Außenpolitik?" zu Gast am C·A·P.

Mirela Isic

Große Resonanz bei Webdossier zur Europawahl

Zwischen dem 4. und 7. Juni 2009 fand die siebente Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) beschäftigte sich im Webdossier europa09.eu auf der Basis politikwissenschaftlicher Erkenntnisse intensiv mit dem Ereignis. Das Dossier bot sowohl einen Überblick über die verschiedenen Aspekte der Wahl als auch eine Auswertung der Hintergründe und Ergebnisse. Dies geschah durch detaillierte Analysen, Überblickstexte, Statistiken, eine Dokumentdatenbank, einen Pressespiegel und einen Blog. Das Dossier richtete sich an Think Tanks, Medien, Studierende sowie die interessierte Öffentlichkeit. Die insgesamt 34 Webdossier-Autoren verfassten knapp 130 Analysen. Die Beiträge untersuchten die jeweiligen Regierungs- und Oppositionsparteien in zwölf EU-Mitgliedstaaten sowie die im

europa09.eu

Europaparlament vertretenen Fraktionen anhand von vier besonders aktuellen Fragestellungen: Unter dem Stichwort Europawahl und Legitimation wurde das Problem des EU-Demokratiedefizits beleuchtet. Zudem wurden die Wahlkampfstrategien der Parteien analysiert und insbesondere daraufhin untersucht, ob ‚europäische‘ oder ‚nationale‘ Europawahlkämpfe durchgeführt wurden. Die Sektion Euroskeptizismus befasste sich mit

Oppositionsströmungen gegen die EU. Der Bereich Jugend und Europawahl beschäftigte sich mit der Rolle der jungen Generation bei den Europawahlen. Das Webdossier verzeichnete im Zeitraum von Januar bis Juni 2009 rund 80.000 Besucher und erzielte damit eine breite öffentliche Resonanz, die sich auch in zahlreichen Interviewanfragen von Medienvertretern niederschlug. Das Webdossier findet sich im Internet unter www.cap-lmu.de/themen/europawahl/.

Deutsch-Spanisches Forum

Am 12. und 13. März 2009 fand das 5. Deutsch-Spanische Forum in Madrid statt. Veranstalter waren die Fundación ICO und das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P). Die Veranstaltung wurde durch die beiden Präsidenten des Forums, Gerd Schulte-Hillen und Bernardo Cremades, eröffnet. Anschließend diskutierten über 150 hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien aus beiden Ländern insgesamt vier Themenbereiche: die Energiepolitik der EU, die transatlantischen Beziehungen

nach der US-Präsidentschaftswahl, die deutsch-spanische Kooperation in Wissenschaft und Forschung sowie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Alle Referenten waren sich darin einig, dass nur ein gemeinsames Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten den mit diesen Themen verbundenen Herausforderungen gerecht werden kann. Mit einem Strategiepapier hatte das C•A•P die Veranstaltung inhaltlich vorbereitet. Zu den Rednern des Forums gehörten die damaligen Finanzminister Peer Steinbrück und Pedro Solbes, E.ON-Chef Wulf Bernotat, EADS-Vorstand Thomas Enders, Thyssen-Vorstand Ekkehard Schulz sowie die Wissenschaftler Reinhard Hüttel, Helmut Schwarz, Juan Ignacio Cirac, Rafael Rodrigo Montero und Fernando Vallespín. Als Ehrengäste des Forums betonten Spaniens König Juan Carlos I. und Bundespräsident Horst Köhler, dass sich das Forum als fester

Ort des Austauschs in den deutsch-spanischen Beziehungen etabliert habe. Ein Konferenzbericht findet sich unter: www.cap-lmu.de/aktuell/events/2009/deutsch-spanisches-forum.php.



Die Ehrengäste des Deutsch-Spanischen Forums – das spanische Königspaar und Bundespräsident Köhler mit Ehefrau Luise – im Gespräch mit Professor Weidenfeld.

Gesundheitstelematik als Zukunftsgut

Aufgrund demographischer Veränderungen, der Zunahme von chronischen Erkrankungen und Schwierigkeiten bei der medizinischen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum, bieten gesundheitstelematische Instrumente und Verfahren überraschend gute Lösungen an. In zunehmender Zahl zeigen Studien, dass durch Gesundheitstelematik die Mortalitätsrate etwa bei schweren Herz-Kreislauf-Erkrankungen gesenkt und Kosten der Behandlung verringert werden können. Insofern ist telemedizinische Betreuung ein Thema, bei dem sich eine zunehmende medizinische wie gesundheitspolitische Aufmerksamkeit in jeder Hinsicht lohnt.

Angesichts dieser Lage thematisierte das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) in Kooperation mit dem israelischen Unternehmen SHL Telemedicine Ltd. und dessen Tochterfirma SHL Telemedizin in Düsseldorf die Innovationspotenziale und Regulierungsnotwendigkeiten der Technologieentwicklung. Im Rahmen des 4. Internationalen C·A·P Telemedizin Forums Ende 2009 in München zeigten Experten aus dem Gesundheitswesen auf, welche zentralen Anforderungen nachhaltige telemedizinische Innovationen an die Gesundheitspolitik stellen. Insgesamt, so der Tenor der Beiträge, biete die Gesundheitstelematik umfassende Möglichkeiten im Gesundheitssystem. Es habe sich bereits in der Praxisanwendung bewiesen, dass Telemedizin den aktuellen Herausforderungen des Gesundheitssystems begegnen könne. Die Umsetzung erfordere allerdings einen Strukturwandel in der Gesundheitspolitik. Ein solcher Wandel sei durch die im Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Koalition genannten Strukturveränderungen und Aussagen zur Schaffung einer Telematik-Infrastruktur sowie Maßnahmen zum Schutz medizinischer Daten bereits eingeleitet worden. Angesichts der Haushaltssituation der Kassen stelle die Finanzierung weiterhin eine Herausforderung dar. Ziel ist es deshalb, Implementierungsstrategien zu entwickeln, die Ärzten und Patienten vermittelbar sind. Telematische Innovationen im Gesundheitssystem müssten der Lebensqualität dienen, Autonomie und Informiertheit des Patienten gewährleisten und durch Vereinfachungen und Kostenreduktionen finanzierbar sein. Was die Finanzierung betrifft, bestand Einigkeit, dass es nötig sei, die Versorgungsforschung anzutreiben, das Preis-Leistungsverhältnis der Telemedizin zu profilieren und Innovationsmanagement zu betreiben.

Das Forum behandelte auch die emotional belastete und sachlich komplizierte Verbindung von Versorgungsmanagement und Datenschutz. Die Grundfrage lautete: Wie können die Vorteile der Telemedizin auch unter strikter Beachtung datenschutzrechtlicher Voraussetzungen umgesetzt werden? Der Befund: Schon jetzt würden Informationen über Internet oder Telekommunikation routiniert verschoben und technischer Datenschutz sei auch mit Blick auf die elektronische Patientenakte weniger das Problem. Vielmehr gelte es hier, die Datenhoheit der Patienten und Ärzte zu sichern und Telematik-Strukturen zu optimieren, die gravierende technologische Inkompatibilitäten zu überwinden hätten, um überhaupt die notwendige Akzeptanz im System zu generieren.

Weitere Informationen: www.cap-lmu.de/aktuell/events/2009/telemedizin.php



C·A·P-Direktor Prof. Werner Weidenfeld mit Yarif Alroy, Vize-CEO der SHL Telemedizin Ltd., und dem ehemaligen WDR-Sportchef Heribert Faßbender.

„Telematische Innovationen müssen der Lebensqualität dienen.“

Jürgen Turek

Unter der Lupe: EU-Programm "Jugend in Aktion"

Die Förderung von Jugendpartizipation ist eines der jugendpolitischen Hauptziele der Europäischen Union. Hierzu wurde das EU-Programm "Jugend in Aktion" ins Leben gerufen. Bis einschließlich 2013 fördert die EU-Kommission mit 885 Millionen Euro Jugendinitiativen, Jugendbegegnungen und den Europäische Freiwilligendienst in 31 Ländern. Die in den Projekten erworbenen Qualifikationen werden mit einem Youth Pass belegt. Die Wirkungsweise des Programms "Jugend in Aktion" besser einzuschätzen und die Beurteilung der einzelnen Aktionen aus Sicht der Jugendlichen und der Projektverantwortlichen genauer kennen zu lernen, hat sich ein europäisches Forschungskonsortium zur Aufgabe gemacht.

Hierzu wurde das sogenannte RAY-Projekt gegründet. Es steht für „Research-based Analysis and Monitoring of Youth in Action“ und wird von der Universität Innsbruck zusammen mit insgesamt zehn Nationalagenturen des EU-Programms durchgeführt. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) ist hierbei als wissenschaftlicher Partner eingebunden. Durch die deutsche Nationalagentur Jugend für Europa wird dieses Vorhaben mit dem Projektbaustein „Unter der Lupe“ unterstützt: Viermal im Jahr soll eine repräsentative Anzahl von jugendlichen Teilnehmern und Projektleitern der geförderten Aktionen mittels eines anonymen Surveys befragt werden. Neben dieser Online-Befragung finden zusätzlich ausgewählte qualitative Gruppen- und Einzelinterviews statt. Die Forschungsgruppe Jugend und Europa arbeitet



Eva Feldmann-Wojtchnia und Barbara Tham leiten die Ausbildung junger Interviewer und sind für die Evaluierung verantwortlich.

hier mit dem von ihr entwickelten Ansatz der peer-group-Forschung, wobei junge Menschen selbst die qualitativen Gruppeninterviews durchführen. Auf diese Weise können Hintergründe und Argumentationslinien der Jugendlichen authentisch und jugendgemäß erfasst werden.

Das Projekt „Unter der Lupe“ will vor allem herausarbeiten, inwieweit das Programm den vorgegebenen Zielen gerecht wird und welchen Einfluss es auf die beteiligten Jugendlichen, die Organisationen und die Politik ausübt. Dabei sollen folgende Kernfragen beantwortet werden: Welchen Stellenwert nimmt Jugendpartizipation ein? Wie gelingt es, Solidarität und Toleranz unter jungen Menschen zu fördern und damit einen Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Europäischen Union zu leisten? Gelingt es dem Programm, das gegenseitige Verständnis zwischen jungen Menschen in verschiedenen Ländern zu fördern und interkulturelles Lernen zu unterstützen? Inwieweit kann das Programm die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich voranbringen?

Zu diesen und weiteren Themen wird viermal im Jahr eine repräsentative Anzahl von Teilnehmern und Projektleitern geförderter Projekte per Fragebogen und Interview befragt. Die erste Erhebungsphase ist bereits abgeschlossen. Erste Trends aus den Ergebnissen wurden im Januar 2010 den beteiligten Trägern in Frankfurt vorgestellt, der Gesamtbericht wird im Frühjahr 2010 veröffentlicht.

Ausführlichere Informationen zur Evaluation „Unter der Lupe“ unter www.jugendfuereuropa.de/4913
Kontakt: evaluation@fgje.de

Autorenkonferenz in München: "Deutsche Kontraste" vorbereitet

Wie geeint ist Deutschland? Diese Frage stellt sich zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer wieder aufs Neue. Die Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) macht „Deutsche Kontraste“ zum Thema eines Konzeptbandes. Mehr als zwanzig ausgewiesene Experten setzen sich mit Kontrasten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Werte und Kultur auseinander. Das Spektrum der Kontraste reicht von Religiosität und Atheismus bis zu Zentralismus und Föderalismus, von Arm und Reich bis zu Geschichte und Zukunft. Zur Abstimmung trafen sich die Autoren am 18. und 19. Juni 2009 am C•A•P.

Es ging dabei um die Zuspitzung der Kontraste und anders gelagerte Gegensätze. Auch die Problematik von Ost-West-Vergleichen war Thema: „Der Ost-West-Gegensatz ist auch ein Konstrukt, eine Self-Fulfilling-Prophecy“, so Prof. Dr. Roland Sturm von der Universität Erlangen-Nürnberg. Dies will Dr. Michael Weigl vom C•A•P, der gemeinsam mit Dr. Manuela Glaab und Prof. Werner Weidenfeld das Buch herausgibt, zum Thema machen: „Man erwartet bisweilen größere Differenzen. Wenn man feststellt, dass es gar keinen Ost-West-Unterschied gibt, muss man fragen: Warum ist das nicht so, wie man es vermuten würde?“ Erste Entwürfe zu den Beiträgen liegen vor und wurden bei einer zweiten Konferenz am 19. und 20. November diskutiert. Der Band „Deutsche Kontraste“ soll zum Jubiläum der Wiedervereinigung im Oktober 2010 erscheinen.

9. Editors' Roundtable in Paris: Neuer Umgang mit Russland

Der Einzug von Barack Obama ins Weiße Haus bedeutet auch eine Veränderung der Machtkonstellation zwischen Europa, den USA und Russland. Neue Chancen aber auch Herausforderungen ergeben sich. Diese diskutierten Herausgeber von Policy-Journals aus Europa und den USA beim Editors' Roundtable am 16. und 17. April 2009 in Paris unter dem Titel „Dealing with Russia: Euro-Atlantic Cooperation under the new US-Administration“.

Das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) organisierte die Veranstaltung in Kooperation mit Le Monde Diplomatique und mit finanzieller Unterstützung des German Marshall Fund of the United States. Gleich zu Beginn der Veranstaltung stellte der Direktor des C•A•P, Prof. Werner Weidenfeld, fest, dass die Finanzkrise gezeigt habe, wie verbunden die drei Mächte tatsächlich seien. Sie stünden in einem größeren Abhängigkeitsverhältnis als in den vergangenen Jahrzehnten angenommen. Damit veränderten sich die Machtstrukturen. Europa, die USA und Russland stünden vor der Wahl, ob sie ihre Beziehungen künftig eher konfliktiv oder kooperativ gestalten wollten.

Die Konferenzpanels beschäftigten sich anschließend mit dem komplizierten Verhältnis zwischen Europa, den USA und Russland und den damit verbundenen unterschiedlichen Ansichten zum Thema internationale Sicherheit. Abgerundet wurden die Debatten des Roundtable durch eine Ansprache von Christophe de Margerie, Chief Executive Officer und Vizepräsident von Total S.A., der dank seiner langjährigen Erfahrung im Bereich der Energieförderung und der Kooperation mit Russland weitere Perspektiven auf das Konferenzthema aufzeigen konnte.



Prof. Werner Weidenfeld mit dem Wirtschaftsvertreter Christophe de Margerie.

Standortvorteil Good Governance

Gute Regierungsführung steht im Mittelpunkt jeder erfolgreichen Reformstrategie zu Demokratie und Marktwirtschaft. Das Fundament für die Erfolge der kommenden Jahre liegt im Reformmanagement. Zwar vermag diese Erkenntnis kaum zu überraschen, mit der Umsetzung sind zahlreiche, auch ambitionierte Regierungen jedoch bereits gescheitert.



Liberias große Hoffnung für einen demokratischen Aufbruch: Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf.

Quelle: wikimedia.org

Der im November zum vierten Mal von der Bertelsmann Stiftung und dem Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) vorgelegte Transformation Index (BTI) hat erneut die Reformpolitik in 128 Staaten auf den Prüfstand gestellt und die entscheidende Rolle des konsequenten Transformationsmanagements unterstrichen. Die Ergebnisse überraschen auf den ersten Blick nur wenig: Sie bestätigen, dass das Modell einer rechtsstaatlichen Demokratie in Kombination mit einer sozialpolitisch abgedeckten Marktwirtschaft in Ostmittel- und Südosteuropa sowie in Lateinamerika nach wie vor am erfolgreichsten ist. Insgesamt ist die Zeit der großen Umbrüche vorbei, sodass die Spitzenpositionen im BTI-Länderranking nahezu unverändert besetzt sind. Tschechien, Slowenien und Taiwan sind demnach in der Konsolidierung ihrer Demokratien am weitesten fortgeschritten. Uruguay, Chile und Estland wurden für ihr Transformationsmanagement am besten bewertet.

Langweilig sind die Ergebnisse aber trotz der hohen Konstanz nicht: Denn auch wenn weder eine neue Demokratisierungswelle noch die autokratische Renaissance konstatiert werden kann, spitzen sich die Entwicklungen in einigen Ländern dramatisch zu. Spannend sind vor allem die vielen einzelnen Geschichten, die der BTI auf den mehr als 2500 Seiten seiner Länderanalysen erzählt: Etwa, wie Brasilien nach Jahren inkonsistenter Reformstrategien die Armutslücke abfedert und seinen Aufstieg zum weltweiten Global Player organisiert. Wie in Liberia eine ehemalige Entwicklungsexpertin zur Präsidentin gewählt worden ist und in einer denkbar schwierigen Umgebung den konsequenten und bislang erfolgreichen Ausbau

von Demokratie und Marktwirtschaft betreibt. Oder woran es liegt, dass im Irak in den vergangenen beiden Jahren die Sicherheitslage deutlich verbessert werden konnte, was den erfreulichen Aufstieg vom Failing State zur (stark defekten) Demokratie ermöglichte.

Die detaillierte Untersuchung der jeweiligen Reformbemühungen liefert wichtige Daten für eine Reihe von Regierungen, internationale Organisationen sowie entwicklungspolitische Entscheider und hat sich in den vergangenen Jahren durch ihre Aktualität und Vergleichbarkeit und die breite Expertise von über 200 Fachleuten auch in der wissenschaftlichen Welt einen guten Namen gemacht. Eine maßgebliche Besonderheit des Transformations Index ist die freie Verfügbarkeit der aktuellen Ergebnisse sowie der



Zeichen des Fortschritts im Irak: Bürger dürfen ihre Volksvertreter frei wählen. Für diese errungene Freiheit nehmen sie lange Wartezeiten vor den Wahllokalen in Kauf.

Quelle: wikimedia.org

Ländergutachten unter www.bertelsmann-transformation-index.de, wo sie auch in der interaktiven Flash-Anwendung „Transformation Atlas“ durchsucht werden können.

Olaf Hillenbrand

Planspieldatenbank

Planspiele sind aus der politischen Bildung nicht mehr wegzudenken und werden oft als Unterrichtsmethode verwendet. Für Multiplikatoren in der Bildungsarbeit ist es aber schwer, den Überblick über das große Planspielangebot zu behalten. Umfassende Informationen bietet eine umfangreiche Datenbank zur aktuellen Planspiellandschaft im Internet unter www.bpb.de.



Mit Freude und Engagement: Jugendliche während des EU-Erweiterungsplanspiels zur Europawoche 2009 im Bayerischen Landtag.

de/methodik/3IRIZ6,0,Planspiele_in_der_politischen_Bildung.html. Dieses Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung wurde in Kooperation mit der Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) entwickelt. In der Planspieldatenbank finden sich über 200 Kurzprofile und Kontaktdaten von Planspielen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Planspiele, Simulationskonferenzen und PC-gestützte Planspiele zu verschiedenen Themen. Im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung überprüft die Forschungsgruppe Jugend und Europa derzeit die Aktualität und Qualität der bisher erfassten Planspiele – und recherchiert weitere, noch nicht in der Datenbank aufgenommene Simulationen. Ein Relaunch ist zu Beginn des Jahres 2010 vorgesehen.

Klimaschutz spielend lernen

Seit 2007 führt die Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) im Auftrag des Europäischen Parlaments eine Planspielreihe zur jugendgerechten Vermittlung europapolitischer Themen durch. Hierfür wurde ein Planspiel entwickelt, das sich mit den Herausforderungen des Klimawandels und der EU-Klimapolitik befasst. Das Spiel richtet sich an Schulklassen der Jahrgangsstufen 10-13. Durch die Einbindung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) ist es dabei gelungen, auch die Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern zu stärken und damit einen konkreten Beitrag zum politischen Diskurs auf EU-Ebene zu leisten. Im Mittelpunkt des Planspiels „Europas Klima wandeln“ stehen das Mitentscheidungsverfahren in der EU und die gestärkte Rolle des EP. Die Methode Planspiel eignet sich besonders für die Erfahrung der Bedeutung des EP als Bürgervertretung. Das Thema erneuerbare Energien liegt in der gemeinsamen Zuständigkeit von Rat und Parlament und ist nah an der Lebenswirklichkeit der Zielgruppe angesiedelt. Damit wird eine Verbindung zwischen europäischer Politik und persönlicher Erfahrungswelt hergestellt. Das Planspiel „Europas Klima wandeln“ wird derzeit als CD publiziert und kann gegen eine Schutzgebühr bei der Forschungsgruppe Jugend und Europa bestellt werden. Für Planspiele im laufenden Schuljahr können sich interessierte Schulen im Bundesgebiet jetzt bewerben.

Europa und die Golfstaaten: Neue Formen der Partnerschaft

von Michael Bauer

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union, ihren Mitgliedstaaten und den Ländern des Golfkooperationsrats – Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Oman – sind gut. Golfaraber und Europäer sind wichtige Handelspartner und zuverlässige Energielieferanten bzw. -abnehmer. Die Staatsfonds der arabischen Golfstaaten gehören zu den wenigen institutionellen Anlegern, die in Zeiten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise noch liquide sind. Sie sind längst gern gesehene Teilhaber an zahlreichen europäischen Firmen und die EU bietet den arabischen Golfstaaten die Möglichkeit, ihre Außenbeziehungen weiter zu diversifizieren. Insbesondere die Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon werden die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU noch weiter steigern und damit auch die Attraktivität der EU als internationaler Partner erhöhen. Für die EU sind die Golfstaaten wiederum Inseln der Stabilität im unruhigen Nahen Osten und einflussreiche Partner, die einen wichtigen Beitrag zur politischen Befriedung der Region und zur Eindämmung der zahlreichen Konflikte vom Sudan bis Pakistan leisten. Insbesondere die Regionalmacht Saudi Arabien nimmt hier eine führende Rolle ein und hat mit der Arabischen Friedensinitiative die derzeit einzige tragfähige Paketlösung für den arabisch-israelischen Konflikt vorgelegt.



Gesprächspartner in Saudi-Arabien:
Bundesminister Karl-Theodor zu
Guttenberg und Prinz Turki Al-Faisal,
Chef des King Faisal Center for Research
and Islamic Studies in Riad

Quelle: Bertelsmann Stiftung

Keine der beiden Seiten kann es sich jedoch erlauben, sich mit dem Status quo zufrieden zu geben. Um das große Potenzial der Beziehungen zwischen den arabischen Golfstaaten und den Europäern weiterhin zu entwickeln, ist eine Reihe von Schritten nötig: Zum einen müssen die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Golfkooperationsrat endlich zu einem Abschluss kommen. Diese Verhandlungen ziehen sich bereits über viele Jahre hin und sorgen mittlerweile für erhebliche Irritationen in den Beziehungen. Zudem sollten die Staaten beider Regionen ihre Praxis eines kompetitiven Bilateralismus beenden, in dem insbesondere die Europäer versuchen, sich gegenseitig auszustechen und nationale Interessen auf Kosten ihrer europäischen Partner zu befördern. Und schließlich gilt es, den Blick auf neue Felder der Zusammenarbeit zu richten. Beide Regionen legen beispielsweise ein großes Interesse an erneuerbaren Energien an den Tag. Zudem bietet sich eine engere Kooperation in der Hochschulbildung und im Forschungssektor an. Derartige neue Felder der Zusammenarbeit würden zudem auf mittlere Sicht zu einer Dezentralisierung und damit verbunden weiteren Konsolidierung der Beziehungen beitragen. Kontakte zwischen Universitäten, Schulen, Forschungseinrichtungen und weiteren Institutionen unterhalb der staatlichen Ebene sollten daher von beiden Seiten aktiv gefördert werden.



Die Autor ist Mitarbeiter der
Forschungsgruppe Europa.

michael.i.bauer@
lrz.uni-muenchen.de

Im Mittelpunkt der 12. Kronberger Nahostgespräche standen die Beziehungen zwischen Europa und den arabischen Golfstaaten. Die Veranstaltung am 11. und 12. Mai 2009 in der saudiarabischen Hauptstadt Riad wurde von der Bertelsmann Stiftung, dem King Faisal Center for Islamic Studies and Research, dem Institute of Diplomatic Studies und dem Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) organisiert. Michael Bauer verfasste das Strategiepapier „Europe and the Gulf Region– Towards a New Horizon“, das als Diskussionsgrundlage für die 12. Kronberger Nahostgespräche diente.

Sommeruniversität der LMU

Geschichte, Politik, Gesellschaft und Kultur Europas lernten im Sommer 2009 insgesamt 44 Studenten aus 17 verschiedenen Ländern am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) kennen. Bereits zum fünften Mal war das C•A•P Gastgeber des „European Studies Intensive Course“ der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU). Neben diesem offenen Sommerprogramm fand im Rahmen der Universitätspartnerschaften der LMU mit der Peking University (PKU) und der National University Singapore (NUS) das Studienprogramm „Approaching the European Union“ statt. Studenten der PKU waren auch im vergangenen Jahr zu Gast am C•A•P gewesen, die Kooperation mit der NUS war eine Premiere. In den Kursen und bei Treffen mit Politikern und Experten war die besondere Architektur der EU als Multilevel-Governance-System ein Thema. Auch die Rolle Europas in verschiedenen Politikfeldern wurde analysiert. Ergänzend zu den Kursen am C•A•P standen auch Exkursionen auf dem Programm. So besuchten die Teilnehmer die Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in München, das Europäische Patentamt und die Bayerische Staatskanzlei. Außerdem fuhren sie nach Salzburg und Berlin und absolvierten ein umfangreiches Kulturprogramm. Weitere Stationen im Rahmen des fünfwöchigen „European Studies Intensive Course“ waren neben München auch Wien und Prag. Die wissenschaftliche Leitung der Kurse lag bei den C•A•P-Mitarbeitern Sarah Seeger und Michael Bauer. Prof. Werner Weidenfeld, der Direktor des C•A•P, gehört dem Academic Board an, das die LMU für ihre Sommeruniversitäten eingerichtet hat.



Studenten der Sommeruniversität in der Repräsentanz des Europäischen Parlaments in München

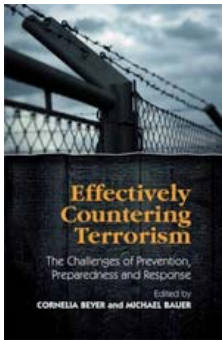
Allianz Sommer Akademie

Making Europe Yours – Inclusion, Participation, and Legitimacy – so lautete der Titel der Allianz Sommer Akademie des Jahres 2009. Vom 29. Juli bis zum 2. August versammelten sich Studierende von fünf renommierten europäischen Universitäten auf Einladung der Allianz Kulturstiftung am Starnberger See, um gemeinsam über die Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren. Das Management Institut in Kempfenhausen bot erneut den idealen Rahmen für die Zusammenkunft der Delegationen, die sich über viele Monate intensiv hierauf vorbereitet hatten. Das Team der LMU München erarbeitete unter Leitung von Dr. Manuela Glaab am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) Fragen der europäischen Bildungspolitik. Die von den Studierenden der Sciences Po Paris, der Lancaster University, der Università Luigi Bocconi in Mailand und der Central European University Budapest gewählten Themen reichten von der europäischen Identität und Öffentlichkeit, über Probleme der gesellschaftlichen Inklusion bis hin zu den Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Nach lebhafter Diskussion der National Reports und vertiefenden Workshops entwickelten die Studierenden schließlich Politikempfehlungen, die in ein gemeinsames Manifest zur Zukunft der EU gegossen wurden. So konnten die Teilnehmer erleben, dass länderübergreifende Koalitionen geschmiedet und Kompromisse gefunden werden müssen, um Mehrheiten für bestimmte Positionen zu erreichen.

Das Forum bot den Studierenden auch die Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit den hochkarätigen Gastrednern, Dr. Henning Schulte-Noelle, Aufsichtsratsvorsitzender der Allianz SE, sowie Professor Werner Weidenfeld, Direktor des C•A•P. Beide motivierten die nachwachsende europäische Elite, an der Zukunftsgestaltung Europas aktiv mitzuwirken. Gegenwärtige Krisen könnten schließlich auch ein Gelegenheitsfenster bieten, neue strategische Antworten zu formulieren.



ROBERT PHILIPPSBERG:
Die Strategie der NPD. Münchner Beiträge zur politischen Systemforschung, Band 5. Baden-Baden, 2009. ISBN 978-3-8329-4842-9, 122 Seiten



CORNELIA BEYER AND MICHAEL BAUER (HRSG.):
Effectively Countering Terrorism. The Challenges of Prevention, Preparedness and Response. Sussex, 2009. ISBN 978-1-84519-303-4, 272 Seiten



CLAIRE DEMESMAY ET MANUELA GLAAB (HRSG.):
L'avenir des partis politiques en France et en Allemagne, Villeneuve d'Ascq 2009. ISBN 978-2-7574-0106-4, 304 Seiten

Die Strategie der NPD

Seit Jahren steht die NPD in der politischen und öffentlichen Diskussion. Im fünften Band der Münchner Beiträge zur politischen Systemforschung untersucht Robert Philippsberg die Strategie der rechtsextremen Partei. Die Analyse geht dabei insbesondere auf die regionale Umsetzung dieser Strategie in Ost- und Westdeutschland ein. Denn der Autor möchte ermitteln, ob die NPD für die politisch-gesellschaftliche Etablierung im Osten der Bundesrepublik eine regional angepasste Strategie einsetzt. Er widmet sich aber auch dem Verhältnis von Ost- und Westdeutschland bei der Strategiebildung. Hier stehen die Fragen im Vordergrund, ob es innerhalb der NPD eine Ost-West-Kooperation gibt und inwiefern ein innerparteilicher Strategietransfer stattfindet. Philippsberg hat für seine Studie umfangreiches Quellenmaterial ausgewertet. Bei seiner Recherche hat er aber auch zahlreiche Interviews mit NPD-Spitzenfunktionären geführt. Mit wichtigen Aussteigern aus der NPD und renommierten Experten der Extremismusforschung hat der Autor ebenfalls gesprochen. Erstmals werden so umfassende Einblicke in die strategische Arbeitsweise der rechtsextremen Partei möglich.

Terrorismus bekämpfen

Nach den Anschlägen des 11. September 2001 wurde ein weltweiter „Krieg gegen den Terrorismus“ ausgerufen. Doch die stark auf militärische Mittel setzende Strategie hat bis dato nur wenige nachhaltige Erfolge zu verzeichnen. Oftmals hat sie sich gar als kontraproduktiv erwiesen und die ideologischen und politischen Grundlagen des internationalen Terrorismus eher gestärkt als geschwächt. Vor dem Hintergrund dieser offensichtlichen Defizite der derzeitigen Strategien zur Terrorismusbekämpfung haben Michael Bauer (Centrum für angewandte Politikforschung) und Cornelia Beyer (Hull University) neun ausgewiesene Experten gebeten, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, welche alternativen Handlungsempfehlungen sich auf Grundlage der neuesten empirischen Daten über Terroristen und Terroranschläge formulieren lassen. Die Antworten, die in diesem Buch gegeben werden, leisten einen wichtigen Beitrag zu den Debatten rund um den Terrorismus – vor allem zu den Fragen, wie der Ideologie, die den internationalen Terrorismus anleitet, begegnet werden kann und welche Maßnahmen nötig sind, um die operative Terrorismusbekämpfung effektiver zu organisieren.

Deutsch-französische Analysen

Wie reagieren die Parteien in Deutschland und Frankreich auf Veränderungen des Wählermarktes? Wie wandeln sich die modernen Parteiorganisationen? Welche Methoden nutzt das „modern Campaigning“? Welche Rolle spielen die Partieliten – und welche spielt die Parteibasis? In welche Richtung entwickeln sich die Programmdebatten in beiden Nachbarländern? Antworten auf diese Fragen hat ein Kooperationsprojekt des Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) am Institut français des relations internationales (Ifri) in Paris und des Centrum für angewandte Politikforschung gesucht. Denn welche Trends die Entwicklung der Parteiensysteme in Frankreich wie in Deutschland kennzeichnen, ist bisher nicht systematisch vergleichend untersucht worden. Mehr als 20 deutsche und französische Experten haben gemeinsam daran gearbeitet, diese Forschungslücke zu schließen. Die Ergebnisse sind nun in Buchform erschienen. Der Band liefert nicht nur Impulse für die Fachdebatte, sondern richtet sich auch an eine allgemein am Thema interessierte Leserschaft.

Gegen Rechtsextremismus

Die Erscheinungsform der radikalen Rechten hat sich verändert, nicht aber ihr ideologischer Kern. Das führt zu einem dazu, dass Teile der europäischen Bevölkerung sich von ihr stärker angesprochen fühlen, zum anderen laufen die althergebrachten (repressiven) Gegenmaßnahmen zunehmend ins Leere. Vor diesem Hintergrund und auf der Grundlage umfangreicher Studien diskutiert Britta Schellenberg in ihrer Analyse zeitgemäße Strategien zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus in Europa. Im ersten Teil der Analyse werden die Eckpfeiler einer Erfolg versprechenden Gegenstrategie genannt: Ein breiter Blick auf das Phänomen Rechtsradikalismus, Datenerfassung und Berichterstattung werden als wichtige Voraussetzungen für gute Arbeit beleuchtet – ebenso wie Qualität und Nachhaltigkeit. Ausgehend von dem gegenwärtigen Umgang mit Rechtsradikalismus in den untersuchten Ländern werden Probleme aufgezeigt und Lösungsvorschläge angeboten. Grundvoraussetzung für gelingende Strategien ist eine offene und demokratische Auseinandersetzung, die auch eine Zusammenarbeit zwischen Akteuren des Staates und der Zivilgesellschaft als Partner auf Augenhöhe erfordere. Im zweiten Teil der Analyse werden spezifische Strategieansätze erörtert, Einzelmaßnahmen geschildert und Beispiele guter Praxis aus europäischen Ländern diskutiert. Der Schlüssel zum Erfolg, so zeigt die Analyse, ist eine Mischung aus verschiedenen Maßnahmen, eine integrierte Strategie, die von dem aktuellen gesellschaftlichen und politischen Kontext und von den Zielgruppen, die es zu erreichen gilt, abhängt. Meilensteine einer Gesamtstrategie sind: die sachliche Problemanalyse als Ausgangspunkt; Austausch und Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren; konsequente Verurteilung von Diskriminierung; Präventionsarbeit; Betonung der liberalen Demokratie und ihrer Werte; Ausbau institutioneller Gegenöffentlichkeit und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Analyse reflektiert den hergebrachten Umgang mit der radikalen Rechten kritisch und bietet eine Reihe an Bausteinen und Ideen für Politik und Praxis an.



BRITTA SCHELLENBERG:
Strategien zur Bekämpfung des
Rechtsextremismus in Europa,
C.A.P-Analyse 2 2009. [cap-lmu.de/
publikationen/2009/cap-analyse-
2009-02-php](http://cap-lmu.de/publikationen/2009/cap-analyse-2009-02-php)

Europäische Integration

Das Jahrbuch der Europäischen Integration dokumentiert und bilanziert seit 1980 zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist in 29 Jahren eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration 2009“ führt diese Tradition fort. In fast 80 Beiträgen zeichnen die Autoren in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2008/2009 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern. Den Themenschwerpunkt des Jahrbuchs 2009 bildet der Vertrag von Lissabon. Dabei wird die Bedeutung der institutionellen Reformen beleuchtet. Es wird außerdem aufgezeigt, wie im Bereich der Innenpolitik der Europäischen Union das Regieren bereits lange differenzierten Formen folgt, etwa im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der Unionsbürgerschaft oder in der Innen- und Justizpolitik. Im Bereich der Außenpolitik ist Frankreichs Initiative für eine „Mittelmeer-Union“ ein wichtiger Punkt, aber auch die „Östliche Partnerschaft“, die auf einer schwedisch-polnischen Initiative beruht. Weitere zentrale Themen sind die öffentliche Meinung und Interessenvertretung in der EU sowie die Debatte um die Erweiterung der Europäischen Union. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, Berlin, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird.



WERNER WEIDENFELD UND WOLFGANG
WESSELS (HRSG.):
Jahrbuch der Europäischen
Integration 2009. Baden-Baden,
2009. ISBN 978-3-8329-5268-6,
552 Seiten

3.–4. Februar, München:
Runder Tisch „Fußball und gesellschaftliche Verantwortung. Politische Bildung im Lernort Stadion stärken“

1. März, München:
„Der Landtag sind wir!“ – Großplanspiel der Forschungsgruppe Jugend und Europa für 150 Schülerinnen und Schüler im Bayerischen Landtag in Kooperation mit den jugendpolitischen Sprechern aller dort vertretenen Parteien

23. April, München:
„Kolloquium Rechtsextremismus“ der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (firm) und des Centrum für angewandte Politikforschung (C A P) für Wissenschaftler und Praktiker. Anmeldung via Mail: britta.schellenberg@lrz.uni-muenchen.de oder martina.ortner@feierwerk.de

24. April, München:
„Genderparlament“ der Grünen-Fraktion in Kooperation mit der Forschungsgruppe Jugend und Europa für Schüler ab der 10. Klasse im Bayerischen Landtag

Zurück in die Zukunft? Deutschland nach der Wahl

von *Manuela Glaab*

Die Meinungsumfragen hatten es zutreffend vorhergesagt: Schwarz-Gelb ging als Sieger aus der Bundestagswahl 2009 hervor. CDU/CSU und FDP erhielten exakt den gleichen Zweitstimmenanteil, den sie auch bei ihrem letzten gemeinsamen Wahlerfolg 1994 errungen hatten. Die Uhren des Parteienwettbewerbs sind damit jedoch nicht zurückgestellt. Vielmehr machte das Wahlergebnis vom 27. September noch einmal deutlich, dass in Deutschland auch zukünftig von einem Fünfparteiensystem auszugehen ist.

Zwar ist es der Union unter Führung von Kanzlerin Merkel gelungen, den Regierungswechsel gemeinsam mit dem Wunschkoalitionspartner FDP herbeizuführen. Dennoch erzielte sie ihr schlechtestes Ergebnis nach 1949: Die CDU kommt auf 27,3 Prozent, die Schwesterpartei CSU auf 6,5 Prozent. Weitaus dramatischer ist das Abschneiden der SPD, deren Status als Volkspartei gefährdet erscheint. Nachdem sie mehr als 11 Prozentpunkte einbüßte, kommt die Sozialdemokratie gerade noch auf 23 Prozent – das schlechteste je erzielte Ergebnis bei Bundestagswahlen. Profitiert haben vom Niedergang der Volksparteien die so genannten kleinen Parteien, allen voran die FDP. Die Liberalen setzten die Serie ihrer Wahlsiege in den Ländern auf der Bundesebene fort, erzielten mit 14,6 Prozent sogar ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt. Auch die Linke konnte mit 11,9 Prozent den höchsten

Neue Bündnisse nötig: „Die Parteistrategen stehen vor einer großen Herausforderung.“

Zweitstimmenanteil auf Bundesebene für sich verbuchen. Perspektivisch noch bedeutsamer ist, dass sie in sämtlichen Bundesländern die Fünfprozenthürde überspringen konnte. Auch Bündnis 90/Die Grünen erzielten mit 10,7 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis. Doch trotz des Erfolges stellt man im 17. Deutschen Bundestag wieder die kleinste Fraktion.

Wie fluide das Parteiensystem ist, und wie viel Flexibilität damit bei der Mehrheitsbildung erforderlich ist, wird jedoch erst bei einem Blick auf die Landtagswahlergebnisse vom August und September 2009 deutlich. Für Schwarz-Gelb reichte es nur in Sachsen und Schleswig-Holstein. Im Saarland wird mit der ersten „Jamaika-Koalition“ eine lagerübergreifende Regierungsmehrheit gebildet. In Brandenburg wird Schwarz-Rot durch ein rot-rotes Bündnis abgelöst. In Thüringen haben CDU und SPD nach schwierigen Verhandlungen einen gemeinsamen Koalitionsvertrag abgeschlossen.

Die Parteistrategen stehen damit vor einer großen Herausforderung. Keines der beiden Lager darf sich auf sichere Mehrheiten verlassen. Dass Regierungsmehrheiten von nur zwei Parteien gebildet werden, kann in Zukunft nicht mehr als selbstverständlich gelten. Daher werden sich alle Parteien mit „Ampelkoalitionen“ bzw. lagerübergreifenden Bündnissen auseinandersetzen müssen. Union und FDP werden dies, da sie gemeinsam in der Regierungsverantwortung stehen, jedoch kaum offensiv verfolgen. Hingegen können die Oppositionsparteien die kommende Legislaturperiode dazu nutzen, neue Koalitionsoptionen parteiintern wie auch gegenüber der Wählerschaft zu vermitteln.



Die Autorin ist Leiterin der Forschungsgruppe Deutschland.

manuela.glaab@gsi.uni-muenchen.de

C·A·PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom

Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
Maria-Theresia-Straße 21
81675 München
Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap-lmu.de

V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek
Redaktion und Layout: Sophia Burkhardt
Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand, Susanne Ulrich, Florian Wenzel
Druck: J. Gotteswinter, Joseph-Dollinger-Bogen 22, 80807 München